

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig - kompetent - innovativ

Konzept der Ratsfraktion der Bürgerliste Goslar für den Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen

Vorwort zur Haushaltslage

Die Verschuldung der Stadt Goslar hat zum großen Teil Ursachen, die nicht in der Stadt zu suchen sind. Nicht der Rat oder die Verwaltung haben die Schuldenberge aufgehäuft.

Bund und Land haben durch ständige Übertragung zusätzlicher Aufgaben auf die Städte und Gemeinden ohne Bereitstellung der für die Aufgabenerfüllung notwendigen Finanzmittel die kommunale Finanzkrise herbeigeführt. Als Beispiele seien hier nur die Krippenplatzgarantie, das neue Gaststättengenehmigungsverfahren oder der neue Personalausweis genannt. In allen diesen Fällen zahlt die Stadt Goslar drauf. Das so genannte **Konnexitätsprinzip** („wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“) wird von den im Bund und Land vertretenen Parteien seit Jahren unterlaufen.

Zusätzlich verschärfend wirkt sich aus, dass die **Gewerbsteuer** als wichtigste Einnahmequelle einer Stadt unberechenbar ist. Bestimmte Gruppen von Selbstständigen (z.B. Rechtsanwälte, Freiberufler, Ärzte) sind von der Steuerpflicht ausgenommen. Die rot-grüne und später auch die schwarz-gelbe Bundesregierung haben die Gewerbesteuergrundlagen zusätzlich ausgehöhlt. Außerdem besteht eine extreme Konjunkturabhängigkeit. Während die Stadt Goslar 2010 insgesamt 20,3 Mio. Euro an Gewerbesteuereinnahmen verbuchen konnte, waren es im Jahr zuvor nur 7,7 Mio. Euro. Eine verlässliche Finanzplanung lässt sich darauf nicht aufbauen.

Selbst verschuldet sind allerdings die zwischenzeitlich wieder auf ca. 26 Millionen Euro aufgelaufenen **Investitionskredite**, die der Rat zu verschulden hat. Hier spielt allerdings auch das „Anspruchsdenken“ der Bürgerinnen und Bürger selbst eine Rolle. Egal ob ein schickes neues Fußballstadion, eine mit Edelpflaster ausgestattete Fußgängerzone, neue Schulen, moderne Kindergärten und ausgebaute Straßen – all dies findet sich in der investiven Verschuldung wieder. Und dabei war die Stadt Goslar zu Beginn dieses Jahrtausends in der glücklichen Lage „schuldenfrei“ zu sein, weil man die Altschulden bei der Gründung des Gebäudemanagements an den neuen Betrieb übertragen hatte. Für die investive Neuverschuldung trägt vor allem die abgewählte Ratsmehrheit aus SPD und FDP die Verantwortung. Allerdings haben CDU und Grüne die entsprechenden Haushalte häufig mit unterstützt. Auf die Warnungen der Bürgerliste, dass dies alles auch bezahlt werden muss, hat man nicht hören wollen.

Vorgaben für den Zukunftsvertrag

Um an die Entschuldungshilfe des Landes Niedersachsen in Höhe von 75% (43,7 Millionen Euro) zu gelangen, ist es notwendig, bereits den Haushalt 2013 in

Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Nach dem Haushaltsentwurf 2012 der Verwaltung betrug das Defizit noch 8,7 Millionen Euro. Tatsächlich vom Rat verabschiedet wurde im April 2012 ein Haushalt mit einem Defizit von 5,4 Millionen Euro. Das bedeutet: **Die Stadt Goslar gibt in diesem Jahr 5,4 Millionen Euro mehr aus als sie einnimmt.**

Die Vorgehensweise der Bürgerliste zum Erreichen der Entschuldungshilfe geht von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Im ersten Schritt wird das **Defizit von 2012** von 5,4 Millionen Euro für die kommenden Jahre **eingefroren**. Das bedeutet, dass die Verwaltung alle Mehrausgaben und Mindereinnahmen laufend zu überwachen hat (Controlling) und dem Rat mehrfach im Jahr Bericht erstatten muss. Alle nicht abwendbaren Mehrausgaben und Mindereinnahmen sind jeweils **vor** Erstellung des Haushalts durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen auszugleichen. Entsprechende Maßnahmen sind so rechtzeitig umzusetzen, dass sie jeweils zum Beginn des Haushaltsjahres voll wirksam werden. Dies setzt eine permanente Überwachung und Produktkritik voraus.
2. Zum Ausgleich des o.g. Defizits von 5,4 Millionen Euro wird ein **Maßnahmenpaket geschnürt, das einen Puffer enthalten muss**. Dieser Puffer ist zum einen notwendig, um evtl. nicht zeitnah realisierbare Maßnahmen kurzfristig gegenfinanzieren zu können. Zum anderen müssen aber auch die nach der Entschuldungshilfe verbleibenden Liquiditätskredite von 25% weiter abgebaut werden. Haushaltsverbesserungen, die über eine schwarze Null hinausgehen, sollen zur Hälfte für Zukunftsinvestitionen und zur anderen Hälfte zur Entschuldung eingesetzt werden.
3. Das konkrete **Maßnahmenbündel**, das die Bürgerliste als Paket vorschlägt, wird den vorgenannten Anforderungen gerecht und geht von einem **Einsparpotential von 6,7 Millionen Euro** aus. Es enthält außerdem bereits eine Reihe von Maßnahmen, die konkrete Einsparungen für die Jahre ab 2014 vorsehen. Diese Maßnahmen sollen evtl. Preissteigerungen und höhere Tarifabschlüsse ausgleichen.
4. Da der Zukunftsvertrag ohnehin einen Passus zum Thema „Fusion“ enthalten wird, sind weitere Möglichkeiten zur **interkommunalen Zusammenarbeit** bzw. zur **Fusion mit kleineren Partnern in der Nachbarschaft** vorurteilsfrei und konstruktiv zu begleiten.

Probleme bei der Umsetzung

Wie bereits bei den Informationsveranstaltungen erwähnt, gibt es zumindest zwei noch nicht gelöster Probleme beim Zukunftsvertrag, die einer zeitnahen Diskussion und Lösung bedürfe:

1. Auch wenn ganze Aufgabengebiete in der Verwaltung wegfallen, muss das dort bislang beschäftigte Personal weiter beschäftigt werde, da betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Dieses zur Aufgabenerfüllung nicht benötigte Personal wird im so genannten „**Reformarbeitsmarkt**“ geführt, der natürlich auch Geld kostet. Es stellt sich

die Frage, inwieweit das Land bereit ist, diese Kosten aus dem Zukunftsvertrag herauszurechnen.

2. Das Land hat bislang keine Zukunftsverträge abgeschlossen, in denen **freiwillige Leistungen** von mehr als 3,...% akzeptiert wurden. Der aktuelle Wert in Goslar wird derzeit mit ca. 6% veranschlagt. Inwieweit eine weitere Absenkung möglich ist, muss noch diskutiert werden. Die Schmerzgrenze ist für die Bürgerliste allerdings dann überschritten, wenn ehrenamtliches Engagement für unsere Stadt zerstört wird. In diesem Fall wird es nicht zu einem Zukunftsvertrag kommen, weil ein Gemeinwesen ohne Bürgerengagement keine Zukunft haben kann.

Die Paketlösung

Um zu einer ausgewogenen Paketlösung zu gelangen, die keine einseitige Belastung für einzelne Gruppen in der Bürgerschaft mit sich bringt, hat die Bürgerliste die grobe Zielvorgabe ausgegeben, dass die Hälfte der Verbesserungen durch Maßnahmen erzielt werden sollen, die keine Auswirkungen auf die Bürger haben und andere Hälfte durch Maßnahmen mit Auswirkungen. Die zweite Gruppe haben wir unterteilt in Leistungskürzungen sowie Steuer- bzw. Gebührenerhöhungen. Die Gruppen im Einzelnen:

1. möglichst viele Maßnahmen, die auf die Bürgerinnen und Bürger Goslars keine spürbaren Auswirkungen haben (54%)

Hier sind im wesentlichen Änderungen in der Verwaltungsstruktur, Optimierungen und Gebäudeverkäufe erfasst. Da wir davon ausgehen, dass sich Bürgerinnen und Bürger ordnungsgemäß verhalten, sind hier auch zusätzliche Bußgelder eingerechnet. Ebenso erfasst sind Belastungen, welche die Goslarer Bürgerschaft nicht treffen, da sie von Auswärtigen finanziert werden (Bettensteuer, Zweitwohnungssteuer, Eintrittspreise Kaiserpfalz).

2. Kürzungsmaßnahmen mit Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger (6%)

Dies trifft u.a. auch die freiwilligen Leistungen. Dabei haben wir den Schwerpunkt auf eine möglichst breite Streuung über unterschiedliche Bereiche gelegt und die Erhaltung ehrenamtlicher Strukturen im Auge behalten. Bereiche, die in der Vergangenheit bereits über Gebühr belastet wurden (z.B. Jugendarbeit) wurde ausgeklammert. Erfasst sind hingegen die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Grundschulen und Kindertagestätten, die beim Unterschreiten einer bestimmten Mindestzahl nicht zu halten sind.

3. Steuer- und Gebührenerhöhungen (40%)

Diese Gruppe stellt quasi den Solidarbeitrag aller Bürgerinnen und Bürger dar, der den Goslarer Haushalt zukunftssicher machen soll. Die Steuerhöhungen sehen wir als moderat an. Der Straßenausbaubeitrag mit Anliegerentscheid soll die Bürgerbeteiligung stärken und zugleich überzogenes Anspruchsdenken zurückdrängen. Zusätzliche Einnahmen für den Haushalt sind darüber nicht zu erzielen.

Gesamt-Einsparungspaket: 6,74 Millionen Euro

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig - kompetent - innovativ

Maßnahmen ohne Auswirkungen: Summe 3,66 Mio. = 54%

1	Städtepartnerschaften in Verein	- 30.000
3	keine Papierunterlagen für Rat	- 20.000
4	Reduzierung Rat auf 34 Mitglieder (ab 2016 wirksam)	- 0
5	Vergütungen aus Gesellschaften abführen (Höhe unbekannt)	- ?
9	keine Monatskarte für Ratsmitglieder	- 2.200
10	Öffentlichkeitsarbeit in FB verlagern	- 30.000
13	keine Wirtschaftsförderungsbroschüre	- 9.000
18	Übertragung von Aufgaben ans Gebäudemanagement	- 20.000
21-30	verschiedene Maßnahmen im Rechnungsprüfungsamt	- 151.000
33, 34	Organisation Poststelle, Druckerei	- 40.000
39	Zensus entfällt	- 63.600
40	in 2013 keine neuen Auszubildenden (vorerst nur für ein Jahr)	- 17.300
43, 44	Personalkostenerstattung durch Gesellschaften	- 6.000
46-55	Optimierung Finanzmanagement	- 153.900
57	Reduzierung Zuschuss GMG für Sondernutzung	- 50.000
58	Fusion der fünf Fremdenverkehrsgesellschaften	- 50.000
64	Übernachtungssteuer	- 500.000
65	Vergnügungssteuer von 12% auf 15%	- 155.000
66	Zweitwohnungssteuer von 5% auf 9%	- 182.400
72	Bußgelder Ordnungswidrigkeiten	- 10.000
76, 78	Personalmaßnahmen Straßenverkehr	- 82.800
79, 80	keine Geschwindigkeitsdisplays	- 6.400
108	Rückübertragung Schulträgerschaft auf Landkreis GS (ab 2014: mindestens 500.000 Euro)	- 208.833
150	Huldigungssaal-Nebenkosten an GMG	- 19.600
154	Eintrittspreiserhöhung Kaiserpfalz	- 120.000
158-164	Personalmaßnahmen Bauordnung	- 70.700
165-167	Abschluss Sanierung Oker in 2014 (Einsparung 20 TEUR)	- 0
168-173	Maßnahmen in der Stadtentwicklungsplanung (ab 2014 zusätzliche Personalkosteneinsparung: 60 TEUR)	- 11.000
180-182	Lichtsignalanlagen, Kreisverkehre, Ampelabbau	- 11.000
183	Verzicht auf neuen Verkehrsrechner	- 7.000
189	Rückgabe Straßenbaulast Kreisstraßen	- 42.500
191	Rückgabe Straßenbaulast Landesstraßen	- 9.250
193	energetische Sanierung Straßenbeleuchtung	- 150.000
196	zusätzliche Großwerbeflächen an Straßen	- 2.000
197	Veräußerung von Kleinstflächen	- 2.000
198	Aufgabenübertragung (Grundstücksverkehrsausschuss an Landkreis)	- 2.400
199-252	Verkäufe nicht genutzter Gebäude und Optimierung	- 952.160
290-291	Umsetzung Klimaschutzkonzept für Gebäude	- 420.000
neu	weitere Stelle für Außendienst (ruhender Verkehr und Ordnungswidrigkeiten)	- 25.000

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig - kompetent - innovativ

Maßnahmen mit Auswirkungen:	Summe: 0,43 Mio. = 6%
------------------------------------	------------------------------

81	Erhöhung Verwaltungsgebühren Straßennutzung	- 5.000
82	Kürzung Schulbetriebskosten um 20%	- 35.100
83	keine Trainingsfreikarten für Schwimmvereine	- 3.600
84	keine Sportraumkostenübernahme Hahnenklee	- 2.400
85	keine Hausmeister-Betreuung Sporthalle Wachtelpforte	- 600
86	Reduzierung Jugendzuschüsse Sport (von 10 auf 8 Euro)	- 7.600
87	Streichung Zuschüsse Sportveranstaltungen (Lauftreff etc.)	- 6.100
88	Erhöhung Sporthallennutzungsentgelte (von 2 auf 4 Euro/h)	- 14.000
91	Streichung Zuschüsse Lager/Fahrten (Mittel nicht ausgeschöpft)	- 10.000
109	Aufgabe GS Oberoker (ab 2014: 158.100 Euro Einsparung)	- 65.000
125	Zusammenlegung GS Jerstedt u. Hahndorf (ab 2014/15: 46.700 Euro Einsparung)	- 0
128	Verfügungszeiten Kita-Mitarbeiter	- 100.000
130	Aufgabe von 4 Spielplätzen im Stadtgebiet	- 12.300
133	Aufgabe einer Regelgruppe Kita Frankenberg (ab 2014: 47.000 Euro Einsparung)	- 0
134	Aufgabe Kita Martin-Luther (ab 2014: 165.000 Euro Einsparung)	- 0
139	Aufgabe Kita Jerstedt oder Hahndorf (ab 2017: 139.000 Euro Einsparung)	- 0
142	Zuschusskürzung Mönchehaus-Museum/Kaiserring	- 45.000
144	Zuschuss Goslarer Tage der Kleinkunst	- 2.000
152	Eintrittspreiserhöhung Museumsufer	- 7.300
176	Aufgabe Streugutkisten für Winterdienst	- 15.000
179	Abschalten Fahrgastinfosystem am Omnibusbahnhof	- 5.000
194	Nachabschaltung Straßenbeleuchtung (0 bis 5 Uhr)	- 90.000

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig - kompetent - innovativ

Gebühren und Steuern:	Summe: 2,65 Mio. = 40%
------------------------------	-------------------------------

61	Grundsteuer A von 310% auf 360%	-	8.000
62	Grundsteuer B von 370% auf 430%	-	1.013.100
63	Gewerbsteuer von 370% auf 410%	-	1.535.100
135	Kindertagesstättengebühren (erneute Anpassung 2014)	-	0
188	Straßenausbaubeitragssatzung (mit Anliegerentscheid; daher kostenneutral)	-	0
192	Erhöhung Parkgebühren Straßenrand	-	95.000